



Berufsorientierung fördern und Fachkräfte sichern

Viele Jugendliche wissen häufig nicht, welchen Beruf sie erlernen wollen und welche Möglichkeiten der Ausbildung des Dualen Studiums es hier vor Ort in unserer Gemeinde gibt. Zugleich fällt es den Betrieben immer schwerer, Auszubildende und Arbeitskräfte zu finden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Pflege, Baumschulwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie, also für Bad Zwischenahn wichtige Branchen. Auf Antrag der SPD hat der Schulausschuss einstimmig beschlossen, dass ein Netzwerk aus Vertretern der Schulen, der Unternehmen, der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters sowie der Berufsbildenden Schulen gebildet werden soll, um den Übergang von der Schule in den Beruf besser zu gestalten. Das vorrangige Ziel ist es, die Berufsorientierung der Schüler zu fördern und ihnen lokale Ausbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Maßnahme wird zudem den Unternehmen bei der Suche nach Auszubildenden nützen sowie der Gemeinde insgesamt, weil dadurch der Abwanderung von jungen Menschen entgegen gewirkt wird.

Bessere Straßen, sozialer Wohnungsbau und energetische Maßnahmen – SPD will in die Infrastruktur investieren

Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag Vorschläge erarbeitet, für welche Bereiche die Mittel des Kommunalinvestitionsförderpakets (KIP) in Höhe von 400.000 Euro verwendet werden sollen. Danach soll die Hälfte der Fördergelder in die energetische Sanierung von gemeindeeigenen Gebäuden und jeweils 100.000 Euro in eine neue Heizungsanlage für die Wandelhalle sowie in die weitere Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED investiert werden. Diese energetischen Maßnahmen sind dringend notwendig und haben den Vorteil, dass Energie eingespart werden kann und der finanzielle Aufwand für die Gemeinde zukünftig deutlich sinkt. Darüber hinaus wurde von uns beantragt, dass der Erlös eines vor kurzem erfolgten Grundstücksverkaufs genutzt werden soll, um 200.000 Euro bei der **Straßensanierung** und 250.000 EURO für den **sozialen Wohnungsbau** einzusetzen.

Bei den Gemeindestraßen besteht ein erheblicher Investitionsstau. Es muss jetzt saniert werden, bevor die Kosten allmählich ins Unermessliche steigen und nicht mehr finanzierbar sind. Der soziale Wohnungsbau muss aus Sicht der SPD dringend wiederbelebt werden, weil in Bad Zwischenahn bezahlbarer Mietwohnraum fehlt und die Nachfrage danach hoch ist. Mit dem eingeplanten Geld soll ein für den sozialen Wohnungsbau geeignetes Grundstück erworben werden. Entschieden wird über diese Vorschläge in den anstehenden Beratungen über den Haushalt 2016.



Henning Dierks
Am Busch 4
26160 Bad Zwischenahn

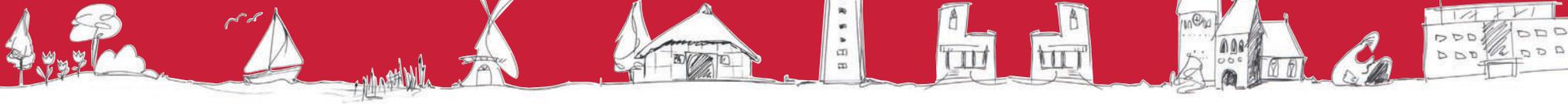
Tel.: 0 44 03 / 62 32 69
henning.dierks1@ewetel.net

INFORMATIONEN zur Gemeindepolitik Bad Zwischenahn



Vorsitzender der SPD-Fraktion

Ratsherr Henning Dierks



Stolperfrei über die Straße SPD sorgt für mehr Barrierefreiheit

Kopfsteinpflaster sehen hübsch aus. Mit ihren breiten Fugen und Unebenheiten sind sie aber oftmals eine echte Herausforderung für Menschen, die auf Gehhilfen wie Rollstühle, Rollatoren oder Unterarmgehilfen angewiesen sind. Für Sehbehinderte kann ein solches Pflaster zur echten Gefahr werden. Aus diesen Gründen hat die SPD vor längerer Zeit bei den Kreuzungsbereichen Georgstraße/In der Horst/ Peterstraße und Lange Straße/Mühlenstraße eine teilweise Asphaltierung oder Neupflasterung beantragt. Ebenfalls eingefordert wurde eine kleine Neupflasterung beim Marktplatz, so dass u.a. Rathaus und Kirche barrierefrei erreicht werden können. Der Großteil dieser Maßnahmen ist jetzt umgesetzt.

Ortsentwicklung: Attraktive Gebäude erhalten und Baukultur fördern

Zuletzt wurden viele prägende und ältere Gebäude im Ortskern abgerissen. Es folgten oft schlichte Neubauten, die sich selten harmonisch einfügten. Bad Zwischenahn drohte sein Gesicht zu verlieren. Auf Antrag der SPD wurde eine Schutzkommission gebildet, die Lösungen für dieses Problem erarbeiten sollte. Auf Vorschlag der Kommission wurde schließlich vom Rat im vergangenen Jahr eine „Erhaltungssatzung“ beschlossen. Mit ihr wurde erreicht, dass der



Abbruch oder die bauliche Änderung von Gebäuden nur noch mit einer Genehmigung durch die Gemeinde möglich ist. Der Abbruch wird z.B. dann verboten, wenn es sich um ortsbildprägende Gebäude handelt oder um solche, die von städtebaulicher, geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind. Die Erhaltungssatzung bezieht sich räumlich ausschließlich auf das Ortszentrum („nördlich der Bahnlinie“) und nicht auf das gesamte Gemeindegebiet.

In einem zweiten Schritt soll in diesem Halbjahr eine „Gestaltungssatzung“ erlassen werden. Danach sollen künftig sämtliche Neubauten im Ortskern bestimmte baugestalterische Vorgaben erfüllen müssen. Die Regelungen betreffen z.B. die Dachformen, die Fassadengestaltung oder die Größe der Baukörper. Damit soll das Ortsbild erhalten und anschaulich gestaltet werden. Von diesen Satzungen werden sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch der Handel sowie das Gastgewerbe profitieren.

Integration und Unterbringung von Flüchtlingen (Stand 16.10.15)

Gegenwärtig ist das Land Niedersachsen nicht mehr in der Lage, die vielen Flüchtlinge in eigenen Aufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften unterzubringen. Die Landesregierung hat deshalb die Kommunen gebeten, Flüchtlinge im Rahmen der Amtshilfe vorübergehend aufzunehmen. Damit soll verhindert werden, dass Flüchtlinge kein Dach über dem Kopf haben und faktisch obdachlos werden. Dem Landkreis Ammerland wurden jetzt 300 Flüchtlinge zugewiesen, die nach und nach auf die Gemeinden verteilt werden sollen. Weil die dafür erforderlichen Kapazitäten zum Teil erst noch geschaffen werden müssen, werden rund 200 Flüchtlinge zunächst in der Turnhalle der Berufsbildenden Schulen in Rostrup eine Bleibe finden. Die Betreuung erfolgt über das Deutsche Rote Kreuz. Die Gemeinde Bad Zwischenahn hat bereits im März 2015, und damit sehr frühzeitig, wichtige Beschlüsse zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen getroffen. Trotz eines angespannten Wohnungsmarktes ist es der Verwaltung bislang stets gelungen, immer wieder Wohnungen anzumieten oder geeignete Immobilien zu finden, um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten. Auch die

Einstellung eines Mitarbeiters für die Flüchtlingsbetreuung wurde beschlossen und hilft aktuell, die vielfältigen Herausforderungen zu meistern.

Durch die hohen Zuweisungszahlen kommt jedoch auch Bad Zwischenahn allmählich an seine Grenzen. Wir werden wahrscheinlich am Grundsatz der dezentralen Unterbringung nicht mehr festhalten können und ggf. auf gemeindliche Einrichtungen als Unterkünfte zurückgreifen müssen.

Die Flüchtlingskrise wird nicht über Nacht gelöst werden und uns noch lange begleiten. Vorwürfe und gegenseitige Schuldzuweisungen helfen niemandem. Nur gemeinsam bewältigen wir die Situation. Es gibt in Bad Zwischenahn eine überragende Bereitschaft zu spenden und sich zu engagieren. Wer ebenfalls aktiv werden will, findet unter www.bad-zwischenahn.de/de/index.php und www.ibz-helferkreis.de wichtige Informationen.

Bad Zwischenahn ist „Frackingfreie Kommune“

Beim Fracking werden mit hydraulischem Druck über ein Bohrloch Risse in dichtem Untergrundgestein erzeugt. Dazu wird eine sogenannte Fracking-Flüssigkeit, ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien, mit hohem Druck in das Speichergestein verpresst. Gase und Flüssigkeiten können über entstandene Risse zur Bohrung zu fließen und darüber gefördert werden (Quelle: Bundesregierung). Diese Methode wird insbesondere eingesetzt, um Erdgas und Erdöl zu fördern.

Die SPD Bad Zwischenahn lehnt diese Methode grundsätzlich ab, da sie mit Risiken verbunden ist, die sich für den Menschen und die Natur (z.B. Grundwasserverunreinigung) sehr nachteilig auswirken können. Aus diesen Gründen hat die SPD-Fraktion beantragt, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn sich zur „Frackingfreien Kommune“ erklären soll. In Niedersachsen haben sich bereits viele Gemeinden, insbesondere Heil- und Kurbäder, zu diesem Schritt entschieden. Am 06.10.2015 hat der Rat einen entsprechenden Beschluss gefasst.